

2785/J XXI.GP

Eingelangt am: 13.07.2001

### **ANFRAGE**

des Abgeordneten Grünewald, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen

betreffend erschwerten Zugang zu medizinischer Versorgung für HIV/AIDS - Patientinnen

Patientinnen mit positivem HIV - Status bzw. einer AIDS - Erkrankung haben vermehrt mit einem erschwerten Zugang zu medizinischen Leistungen zu kämpfen:

- Ablehnung von Operationen an HIV - positiven Patientinnen an manchen Krankenhäusern
- Fallbeispiel Frischverletzter: Patient wird vom Klinikpersonal wegen möglicher Ansteckung mit HIV geklagt
- Rückzug der Städtischen Hauskrankenpflege Innsbruck aus der Betreuung von HIV - positiven bzw. AIDS - kranken Patientinnen
- unlimitierter Selbstbehalt für HIV - Viruslasttest oder sonstige Spezialleistungen

das sind nur einige Beispiele der Diskriminierungen, denen Patientinnen mit positivem HIV - Status ausgesetzt sind.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

### **ANFRAGE:**

1. Wie werden Sie in Zukunft sicherstellen, daß HIV - positive Menschen den gleichen Zugang zu medizinischen Leistungen genießen wie alle anderen Patientinnen?
2. Mit welcher Begründung können HIV - positive oder an AIDS erkrankte Patientinnen von der ärztlichen Leitung eines Krankenhauses abgewiesen werden, wenn Sie eine Operation benötigen?
3. Werden Sie sicherstellen, daß auch HIV - Patientinnen eine freie Arztwahl haben und sich ein Krankenhaus ihrer Wahl aussuchen können?
4. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß in allen medizinischen Fächern die Behandlung von HIV/AIDS - PatientInnen Teil des Ausbildungsprogramms wird?

5. Werden Sie sich als Sozialminister dafür einsetzen, daß sich in Innsbruck die städtische Hauskrankenpflege wieder in das gut funktionierende Netzwerk zur ambulanten Versorgung für HIV - Patientinnen integriert, damit die Versorgung von betreuungsbedürftigen HIV - PatientInnen auch weiterhin sichergestellt werden kann?
6. Sind Sie auch der Meinung, daß HIV - positive PatientInnen nur von eigens geschultem psychiatrisch ausgebildetem Fachpersonal betreut werden sollen? Wenn ja, wie begründen Sie diese Meinung?
5. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß der unlimitierte Selbstbehalt für Untersuchungen, die für HIV - PatientInnen wichtig sind und die diese regelmäßig durchführen müssen (z.B. Viruslasttest) ebenso entfällt wie Sie dies für andere Leistungen in Aussicht gestellt haben?